Komplizierte Technik, komplexes Verfahren: Geht der Streit um die Fernwärmegebühren in Böblingen jetzt auf die Zielgerade? Foto: Thomas Bischof/Archiv

„Zeit der Mauscheleien ist vorbei“

Das Interview: Der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth fordert mehr Transparenz im Böblinger Fernwärme-Streit

Im Dezember 2016 schon brachte Paul Nemeth eine kartellrechtliche Prüfung der Böblinger Fernwärme-Preise auf den Weg. Erst kürzlich wurde die Einschätzung der Kartellbehörde bekannt: Die Preise sind wohl zu hoch. Im Interview pocht Nemeth jetzt auf eine Offenlegung der Fakten.

Von Jan-Philipp Schlecht

Herr Nemeth, das Kartellverfahren zu den Fernwärme-Preisen in Böblingen ist einen großen Schritt vorangekommen, befindet sich jetzt im Stadium der Anhörung. Sie haben es im Dezember 2016 angestoßen. Wie haben sie die jüngste Entwicklung aufgenommen?
Als energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion liegt mir die Fernwärme als ökologische Energieversorgung sehr am Herzen. Für mich war klar, dass ich mich einbringe, wenn es darüber in meiner Heimatstadt Böblingen Streit gibt. Aufgrund der langen Diskussionen über die Intransparenz war eine dritte Meinung gefragt. Genau dafür haben wir ja die Kartellbehörde. Klar ist aber auch: Das Prüfverfahren wäre früher oder später ohnehin gekommen, weil zahlreiche Bürger eine unabhängige Prüfung forderten.

Hat Sie die jetzige Vorab-Einschätzung der Kartellbehörde überrascht?
Es hat mich eher überrascht, dass das Verfahren so lange gedauert hat. Zur Kalkulation kann ich nichts sagen, weil ich die Fakten noch nicht kenne.

Der Vorwurf zu hoher Preise für die Wärme aus dem Rohr steht ja aber schon länger im Raum.
Viele hatten das Gefühl, dass die Preise zu hoch sind. Man muss ja wissen, es geht hier um eine ökologisch hochinteressante Energieversorgung, da Energie aus Abwärme genutzt wird. Diese muss eigentlich günstiger sein als Öl- und Gasheizungen.

Die Kartellprüfer haben in einem ersten Schritt den jahrelangen Vorwurf bekräftigt. Dürfen die Kunden schon jubeln?
Entscheidend ist jetzt, dass die Fakten, die nun auf dem Tisch liegen, auch bekannt werden. Ich fordere, dass völlige Transparenz in diesem Preisfindungsverfahren geschaffen wird. Die Zeit der Hinterzimmer-Mauscheleien ist vorbei. Auch das Mediationsverfahren muss sich jetzt in das Licht der Öffentlichkeit begeben.

Paul Nemeth

Die Stadtverwaltung hat sich nur sehr schmallippig zu den vorläufigen Ergebnissen geäußert. Hätten Sie mehr Transparenz erwartet?
Ja und zwar deshalb, weil die Bürger seit Jahrzehnten dem Anschluss- und Benutzungszwang unterworfen sind. Sie über Jahre bei der Preisfindung im Dunkeln zu halten, das geht einfach nicht. Wenn man Vertrauen zurückgewinnen will, ist ein Mediationsverfahren möglicherweise angemessen. Aber es muss sich dann der Öffentlichkeit stellen. Schließlich wird es mit öffentlichen Geldern finanziert. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, die Fakten zu erfahren.

Sehen Sie jetzt Licht am Ende des Tunnels und Hoffnung auf eine baldige Einigung und ein Preismodell, mit dem alle leben können?
Unbedingt. Jetzt hat die Stunde der Stadtwerke und des Aufsichtsrats, einen Vorschlag zur Lösung des Konflikts zu machen, geschlagen. Denn nun liegt ja die unparteiische Bewertung durch die Kartellbehörde vor.

Trotzdem befindet sich das Verfahren noch im Stadium der Anhörung, das endgültige Ergebnis liegt noch nicht vor.
Das Anhörungsverfahren sollte im September abgeschlossen sein. Das ist der Zeitpunkt, zu dem die Stadtwerke an die Öffentlichkeit gehen müssen. Da ist auch der Aufsichtsrat gefordert. Denn die Stadtwerke gehören ja letztlich den Bürgerinnen und Bürgern. Es ist unbestritten, dass ein Vertrauensverlust zu beklagen ist. Wenn die Stadtwerke das verlorene Vertrauen zurückgewinnen wollen, braucht es jetzt einen Vorschlag für eine nachvollziehbare Preiskalkulation.

Das wäre sicher im Sinne der Kunden, dürfte aber in der Kürze der Zeit nicht ganz leicht zu bewerkstelligen sein.
Die Stadtwerke haben hier eine monopolartige Stellung, die eine besondere Verantwortung mit sich bringt. Mit ihrer Hinhaltetaktik bringen sie das an sich sinnvolle Fernwärmekonzept generell in Misskredit. Was wir momentan sehen, grenzt ja schon fast an Nötigung, denn es herrscht ja ein Benutzungszwang.

Trotzdem steht den Stadtwerken auch nach einer Kartellentscheidung noch der gerichtliche Weg offen, um dagegen vorzugehen.
Das haben die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat zu entscheiden. Die große Mehrheit der Bürger könnte das aber nur schwer nachvollziehen. Schließlich haben wir schon ein unabhängiges Gutachten auf dem Tisch liegen. Daran sollte man sich jetzt orientieren.

Die Prüfung durch die Kartellbehörde hat einige Zeit in Anspruch genommen. Man darf davon ausgehen, dass hier gründlich gearbeitet wurde.
Dort arbeiten Profis, die das seit Jahren machen und die auch die Verantwortung für die Preiskalkulation kennen. Die Kartellbehörde hat so lange gebraucht, weil das Personal mehr als ausgelastet ist.

Das Image der Fernwärme ist durch die Diskussion zumindest in Böblingen nicht besser geworden.
Die Landesregierung will die Nah- und Fernwärme in Baden-Württemberg ausbauen, da es sich um eine klimafreundliche Wärmequelle handelt. Damit wir dieses Ziel erreichen, muss Transparenz hergestellt werden. Dazu braucht es eine faire Kalkulation, auf die man vertrauen kann. Mich ärgert es deshalb, dass dieses Mediationsverfahren im Hinterzimmer abläuft.